|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Antrag | **C 12** |  |
| **Antragsteller:** | **JUNGE GRUPPE Bezirk BKA** |
| **Betrifft:** | **Polizeibeauftragte/r** |

|  |
| --- |
| *Der 17. Ordentliche Delegiertentag der GdP Bezirk BKA möge beschließen,* |
| dass der Bezirksvorstand ein Positionspapier erarbeitet, ob für die Polizeien des Bundes auf der parlamentarischen Ebene ein sogenannter Polizeibeauftragter nach rheinland-pfälzischem Vorbild geschaffen werden sollte. |
| **Begründung:**Ein/e Polizeibeauftragter sollte Ansprechpartner für Bürgerbeschwerden oder Anregungen zur Verbesserung der Arbeit der Polizeien der Länder bzw. des Bundes sein. Gerade die Möglichkeiten die sich für Polizeibeschäftigte ergeben könnten, wie z.B. Eingaben im Zusammenhang mit der Ausübung ihrer direkten Tätigkeit ohne Einhaltung des Dienstweges, sollten fokussiert werden. Dies wäre ein weiteres Instrument, neben den jeweiligen Personalräten, um strukturelle Probleme von Polizeibehörden thematisieren zu können. Ein Vorbild kann hier der Polizeibeauftragte des Landes Rheinland-Pfalz sein. Der Vorsitzende der GdP Rheinland-Pfalz Ernst Scharbach resümierte zum ersten Tätigkeitsbericht des dortigen Polizeibeauftragten:„Heute sind alle froh, dass das Parlament dem Gesetzentwurf der GdP in weiten Teilen gefolgt ist. Aus der zunächst von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN angestrebten „Beschwerdestelle“, die beim Innenministerium angesiedelt werden sollte, wurde ein Landespolizeibeauftragter, der unabhängig und objektiv Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern ebenso sorgfältig wie Eingaben von Polizistinnen und Polizisten entgegennimmt und prüft. Wir halten die Einrichtung für einen großen Fortschritt, die Anbindung an den Landtag garantiert Unabhängigkeit und größte mögliche Objektivität.“ |

**Empfehlung der**

**Antragsberatungskommission:**

|  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| [ ]  | Annahme | [ ]  | Annahme als Arbeitsmaterial zu | [ ]  | Erledigt durch | [ ]  | Nichtbefassung |
| [ ]  | Annahme mit Änderung | [ ]  | Annahme als Arbeitsmaterial | [ ]  | Nichtbehandlung | [ ]  | Ablehnung |